

noch aber scheine es der Thätigkeit des Provinzial-Wahlkomite's und dem direkten Einwirken der besonderen Vereine und vieler Privatpersonen, in katholischen Gegenden vorzüglich auch dem Einflusse der Geistlichkeit, allmählig zu gelingen, den größten Theil des Landvolkes über die vaterlandsfeindlichen Tendenzen der Demokratie und über das wahre Interesse des Volkes bei den bevorstehenden Wahlen aufzuklären.

Wien, 10. Januar. Nach den offiziellen Berichten ist die Oesterreichische Armee in die Hauptstadt Ungarns, Pesth, ohne Schwerdstreich eingerückt.

Braunschweig, 6. Januar. Die hiesige Abgeordneten-Versammlung hat nach einem fast einstimmigen Beschlusse sich für die Wahl des Königs von Preußen zum erbliehen Reichs-Oberhaupten erklärt.

Hamburg, 6. Jan. Es waren hier in den letzten Tagen Nachrichten verbreitet, nach welchen die Dänen eifrig beschäftigt gewesen sein sollten, Alsen zu räumen. Auf Dampfschiffen und Schleppfähnen wollte man einen sehr bedeutenden Truppen-Transport von dort wahrgenommen haben. Diese Visionen gläubiger Wanderer zerfloßen jedoch bereits wieder im Nebel der Tagesgerüchte und hatten wohl nie einen anderen Anhaltspunkt als zufällige Truppen-Dislocationen, zu welchen zwischen dem dänischen Inselland, Jütland und Alsen leicht Veranlassung sein konnte. — Stimmen aus Holstein, namentlich Kiel, beklagen sich darüber, daß während des Waffenstillstandes für die Küsten-Bewaffnung nicht genug geschehen sei; die Central-Gewalt soll hierfür 200 Kanonen bestimmt haben. — Den Frieden auf Basis einer Mittelstellung Schleswigs zwischen Dänemark und Holstein herbeizuführen: diese corrupte Idee wird von den Nächstbetheiligten bereits mit vieler Energie und überzeugendem Nachweis ihrer hohen Gefährlichkeit zurückgewiesen. — Der hiesige „Patriotische Verein“, von allen unsern politischen Clubs der conservativste, und zugleich sehr viele reiche und angesehene Mitglieder zählend, ist im Begriff, hinsichtlich der deutschen Kaiserfrage sich für Preußen auszusprechen. Am heutigen Abend wird er über die von einer niedergelegten Prüfungs-Commission beantragte Resolution beraten, „daß unter allen, für die Verfassung des Gesamt-Vaterlandes in Anregung gebrachten Formen, das constitutionelle erbliche Kaiserthum dem Hause Hohenzollern zu übertragen, allein geeignet erscheine, Deutschlands Freiheit, Einheit und Macht zu begründen und dauernd zu sichern.“

K. J.

Italien.

Rom, 26. Dec. Die Encyclica des Papstes vom 17. d. M. (siehe unsere vorl. Nr.), hat das Schicksal der frühern Erlasse gleicher Art gehabt: sie ist überall abgerissen, beschmutzt und beseitigt worden. Indessen hat sich in Folge dieses Ereignisses aller Gemüther eine Bestürzung bemächtigt, welche die Parteiführer noch zu keinem Beschlusse hat kommen lassen. Viele Deputirte haben erklärt, daß sie nicht wieder in der Kammer erscheinen würden, bevor die gesetzliche Zahl wiederum vollständig sei, und Gallieno, der General der Bürgergarde, ist abgereist. Seitdem er die Civica vor 8 Tagen hinter Licht geführt, und zur Vertreibung der Republikaner durch Generalmarsch zusammengerufen, dann aber für die Constituante hat petitioniren lassen, ist ihm auch ein Theil der Civica feind, trotz der Süßigkeiten, welche er ihr mit jedem neuen Tagesbefehl vorgesagt hat. — Eine Krisis wird nach allen diesen Vorgängen eintreffen müssen, auch ohne bewaffnete Intervention.

A. J.

Frankreich.

Paris, 3. Jan. Die Amnestiefrage ist immer noch nicht entschieden. Inzwischen enthält die Patrie folgende Betrachtungen über diesen wichtigen Gegenstand, die man, im Hinblick auf den Charakter jenes Blattes, wohl als den Ausdruck der Ansichten des Gouvernements betrachten kann: „Die Gesellschaft, sagt sie, fängt an, festen Fuß zu fassen; Alles läßt also hoffen, daß der Augenblick nahe ist, wo sie sich ungestraft nachsichtig zeigen, wo die Milde gegen den Schuldigen nicht mehr als Unmenschlichkeit gegen die Männer der Ordnung betrachtet werden kann. Diesen Augenblick wünschen wir aufrichtig herbei, und wenn die Regierung in ihrer Weisheit findet, daß dieser Augenblick gekommen, so wird ihre Entscheidung unsere Bedenken zum Schweigen bringen. Aber woran soll man die zu solcher Verzeihung günstige Zeit erkennen? An der Ruhe der Gesellschaft selbst, an dem allgemeinen Gefühl ihrer Macht und Stärke. Der Sieg muß vom Feinde angenommen und anerkannt werden, damit sie sich milde erweisen kann. Die Amnestie ist ein freiwilliges Geschenk, keine Schuld. Wenn ihr sie wie ein Recht reklamirt, die Drohung im Munde, so verliert ihr eure Sache oder vielmehr die Sache der unglücklichen Deportirten. Wenn ihr sie als Partei verlangt, so hat es den Anschein, als ob ihr eine Armee für das Exil wiederverlangt und nicht eine verirrte Menge der großen Gesellschaft zurückgeben wollt, die, versteht ihr es, nicht zufrieden damit ist, daß ihr in ihr die

Kraft seht, sondern die auch verlangt, daß ihr das Recht anerkennt. Amnestiren, heißt für sie nicht, eine Konzeßion machen, sie hat deren keine zu machen, und wir sagen sogar, daß sie kein größeres Recht hat, deren zu machen, als das Individuum das Recht hat, gegen die Gesetze zu handeln, welche seine Existenz und seine Entwicklung sichern; amnestiren heißt verzeihen unter Vorbehalt und Bedingung, unter dem Vorbehalt, daß die Gnade freiwillig und ungezwungen erscheine, unter der Bedingung, daß dieser Gnade kein Rückfall folge. Ja, diese Verpflichtung muß jeder Amnestirte übernehmen. Das muß wohlverstanden werden. Aus dem Munde der Insurgirten muß das Geständniß laut werden, daß der Bürgerkrieg zu Ende ist und daß außer dem friedlichen Kampf der Wahlen, sie den Gesetzen zu gehorchen verpflichtet sind, die in Zukunft ihren, bis jetzt zu oft unterbrochenen, freien Lauf wieder erhalten werden; daß sie der Gesellschaft ohne Rückhalt zu folgen haben. Die Zeit, das Maß der Amnestie, die Prüfung der Fälle, wo Mordmord verbunden ist mit der Insurrection: Alles das hängt allein von der Gesellschaft ab, deren erstes Recht und deren erste Pflicht darin besteht, sich selbst zu schützen. Wir sind glücklich, daß die Regierung es so versteht; der Tag, wo der Berg sich beugen wird vor diesen Prinzipien, die keine Meinungen, sondern Grundsätze sind, erhaben über alle socialen und politischen Ereignisse: dieser Tag wird, wir zweifeln nicht daran, der Tag des Erbarmens sein.“

D. R.

Paris, 7. Jan. Das „Journ. de Debats“ glaubt erklären zu dürfen, daß für jetzt von keiner neuen Aenderung des Ministeriums die Rede sei. Marrast habe zwar eine Unterredung mit dem Präsidenten der Republik gehabt, sei aber nicht zu ihm versprochen worden, sondern aus eigenem Antriebe zu ihm gegangen, und die Anerbieten, welche er machen zu müssen geglaubt habe, seien angeblich nicht angenommen worden. Man füge bei, daß L. Napoleon gestern einige der ausgezeichnetsten Mitglieder der National-Versammlung zu sich berufen und sehr bestimmt die Absicht ausgesprochen habe, auch ferner die Ideen zu vertreten, für welche die ungeheure Majorität des Landes durch seine Wahl sich erklärt habe. Es heiße auch, daß der Präsident der Republik entschlossen sei, nächstens alle Mitglieder des Ministeriums zu versammeln und öffentlich das gute Einvernehmen zu bekunden, welches nicht aufgehört habe, zwischen ihm und den von ihm mit Ausübung der Gewalt beauftragten Männern zu bestehen. Ein anderes Blatt erklärt in L. Napoleons Namen, daß er weder Herrn Marrast, noch Herrn Ledru-Rollin, wie man ausgesprengt hatte, den Auftrag zur Bildung eines neuen Cabinets ertheilt, oder in dieser Sache mit einem von beiden gesprochen habe. Ein Journal hebt hervor, daß ein Beschluß, den gestern der „Moniteur“ brachte, bloß mit Louis Napoleon unterzeichnet, und der Name Bonaparte zum ersten Male weggelassen war. Das Journal meint, in Kurzem werde wohl auch der Name Louis wegbleiben. — Man arbeitet jetzt ernstlich an dem Entwurf für Reorganisation der Mobilgarde.

Freiheit der Advokatur.

Paderborn, den 11. Jan. 1849.

Wir sind mit dem Resultate eines in der vorigen Nummer d. Bl. erschienenen Aufsatzes völlig einverstanden, daß nämlich die Freiheit der Advokatur eine wesentliche Bedingung eines freien, unabhängigen Richterstandes und einer wahren Rechtspflege ist. — Wir fassen auch den an die Spitze gestellten Begriff in derselben Weise auf, wie er dort aufgefaßt ist: daß die vindicirte Freiheit einerseits darin besteht, daß jeder, welcher die erforderliche Befähigung nachgewiesen hat, sich dem rechtsbedürftigen Publikum als Advokat darstellen kann; daß vor Allem aber der Advokat nicht ferner Staatsbeamter sein, auch nicht mehr unter ständiger Aufsicht der Staatsbehörde stehen soll. —

Wir hegen dagegen nicht das Bedenken, welches der Verfasser seiner Ausführung als *ratio dubitandi* vorausschickt. Wir halten vielmehr jenes Bedenken für voreilig; jedenfalls aber sind wir der Ansicht, daß dasselbe bei der Abwägung der Gründe für oder gegen den aufgestellten Grundsatz kein Gewicht haben könne.

Es heißt darin:

„Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß, wenn die Advokatur frei geworden ist, dem Volke sich Viele als Advokaten anbieten werden, welche weder dem Rechtshuchenden zum Nutzen gereichen, noch dem Advokatenstande Ehre machen werden. Und mit solchen Advokaten, welche weniger daran denken, das Recht zu fördern, als sich ihren Rath und ihre Bemühungen gut bezahlen zu lassen, ist dem Volke schlecht gedient.“ —

Wir haben diese Aeußerung voreilig genannt, weil wir sie für eine nicht motivirte *praesumptio mali* halten. Unerheblich für die beregte Frage erscheint sie uns deshalb, weil jedenfalls dem bei uns zur Zeit geltenden Grundsatz mit demselben Rechte derselbe Einwand zu machen wäre. — Denn hier wie dort fordert der Staat denselben Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung. Ehren-